

Konzernbericht 2011

**Delta Lloyd Deutschland AG
Wiesbaden**

Inhaltsverzeichnis

Konzern-Lagebericht Delta Lloyd Deutschland AG	1
Bericht des Vorstandes	1
Chancen und Ausblick	11
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011	14
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011	15
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011	16
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011	17
Konzerngewinn- und Verlustrechnung vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011	18
Konzernanhang	20
Maßgebende Rechnungslegungsvorschriften	20
Erläuterungen zur Konzernbilanz	25
Erläuterung zur Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung	33
Sonstige Angaben	34
Bericht des Aufsichtsrats der Delta Lloyd Deutschland AG	37

Delta Lloyd Deutschland AG

65189 Wiesbaden
Abraham-Lincoln-Park 1

Konzern-Lagebericht Delta Lloyd Deutschland AG

Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft konnte sich nach der schweren Rezession der Jahre 2008 und 2009 wieder gut erholen. Nachdem sich das globale Wirtschaftswachstum 2010 um real 4,8 Prozent verbessern konnte, dominierte auch im ersten Halbjahr 2011 die Zuversicht auf einen anhaltenden Aufschwung der Weltwirtschaft. Dies änderte sich aber im zweiten Halbjahr 2011 aufgrund der Katastrophen in Japan, den Ängsten vor einer Rezession in den USA sowie der Zuspitzung der Schuldenkrise im Euroraum. Nach Schätzungen für 2011 ist von einem weltweiten realen BIP – Wachstum von rund 3,5 Prozent auszugehen. Einen wesentlichen Anteil an diesem Wachstum haben die Schwellenländer China und Indien mit Wachstumsraten von voraussichtlich 9,2 Prozent und 7,5 Prozent für 2011. Für den Euroraum ist voraussichtlich nur mit einem Wachstum von 1,6 Prozent zu rechnen.

Nachdem die deutsche Volkswirtschaft beim realen Bruttoinlandsprodukt einen Anstieg in 2010 von rund 3,6 Prozent vorweisen konnte, wird auch für das Jahr 2011 mit einem weiteren positiven Anstieg gerechnet. So wird ein Wachstum von rund 3,0 Prozent erwartet. Deutschland zeigt damit innerhalb Europas eine überdurchschnittliche Wachstumsrate für 2011. Der höhere Konsum in Deutschland sowie die gestiegenen Investitionen und der weiterhin expansive Außenhandel sind dabei die wesentlichen Impulse für diesen Anstieg.

Der höhere Konsum in Deutschland wurde ermöglicht durch die auch weiterhin positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. So wird auch für 2011 mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf voraussichtlich unter 7 Prozent gerechnet. Damit hätte sich die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um rund eine viertel Million verringert. Zudem war der höhere Konsum auch möglich, da sowohl in 2010 als auch in 2011 reale Einkommenszuwächse erzielt wurden.

Die Entwicklung an den Aktienmärkten war geprägt durch die Schuldenkrise, die viele Anleger verunsichert hat, sowie durch die Angst vor einem Wirtschaftsabschwung ab Mitte des Jahres 2011. Der deutsche Leitindex DAX, der zu Beginn des Jahres bei 6.995 Punkten stand, verlor rund 1000 Punkte oder gut 16 Prozent auf 5898 Punkte zum Vorjahresschlusswert. Dabei zeigte sich der DAX im Verlauf des Jahres durchaus volatil mit Höchstwerten von 7.600 Punkten, denen mit 4.966 Punkten die niedrigsten Werte im September 2011 gegenüber standen.

Kurzfristige Anlagen in Zinspapiere sind wie im Vorjahr auf sehr niedrigem Niveau verblieben. Dies ist zum einen eine Auswirkung der Maßnahmen der Europäischen Zentralbank, sowie der Unsicherheit der Anleger geschuldet. Die Umlaufrenditen deutscher 10jähriger Staatsanleihen zeigten sich 2011 überaus volatil mit Renditen zwischen 3,50 Prozent im April und 1,64 Prozent im September. Zum Jahresultimo 2011 wurden für 10jährige Bundesanleihen 1,88 Prozent gegeben. Im Vergleich mit anderen europäischen Staatsanleihen gelten Bundesanleihen als safe heaven, sind im Vergleich zu den volkswirtschaftlichen Grunddaten aber überbewertet.

Lebensversicherungsmarkt

Nach einer Schätzung des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) werden die gebuchten Brutto-Beiträge gegenüber dem Vorjahr auf 83,0 Mrd. Euro zurückgehen. Das entspricht einem Rückgang von rund 4,8 Prozent. Dabei war vor allem im Bereich der Einmalbeiträge ein Rückgang hin zur Normalisierung absehbar. Immerhin wurden aber noch rund 21,95 Mrd. Euro (Vorjahr: 26 Mrd. Euro) an Einmalbeiträgen gebucht.

Dagegen erzielten die Lebensversicherer in Deutschland ein positives Wachstum bei den laufenden Beiträgen von 0,8 Prozent auf 61,04 Mrd. Euro bei nur leicht steigender Anzahl der Verträge. Die Bestände der Lebensversicherungsgesellschaften nach Stückzahl waren 2011 rückläufig. Das ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass viele Verträge des sehr erfolgreichen Vertriebsjahres 1999 nach jetzt zwölf Jahren abgelaufen sind. Wie in den Vorjahren fällt es der Lebensversicherungsbranche schwer, ablaufende Versicherungsbestände durch Anlage gegen laufenden Beitrag zu ersetzen.

Der Trend zugunsten von Lebensversicherungen mit rentenförmigen Auszahlungen setzte sich auch in 2011 fort. Die große Bedeutung von Rentenversicherungen für das Neugeschäft zeigt sich daran, dass deren Anteil am Neugeschäft gemessen am Beitrag über 70 Prozent beträgt. Der Anteil der Anzahl von Rentenverträgen am gesamten Neugeschäft macht gut 50 Prozent aus.

Von besonderer Bedeutung für die Lebensversicherungsbranche war die Entscheidung des Bundesfinanzministeriums im Februar 2011, den Rechnungszins von 2,25 Prozent auf 1,75 Prozent mit Wirkung zum 01.01.2012 abzusenken. Zudem hat die BaFin mit Wirkung für den Jahresabschluss 2011 vorgeschrieben, eine Zinszusatzreserve zu bilden und aufzubauen. Diese Maßnahme wird die Deckungsrückstellung der Lebensversicherer in Zeiten dauernd niedriger Zinsen stärken. Der Europäische Gerichtshof hat zudem in seiner Urteilsverkündung die Risikodifferenzierung nach Geschlecht verboten. Ab Ende 2012 dürfen demnach nur noch so genannte Unisex – Tarife angeboten werden.

Entwicklung der Delta Lloyd Deutschland AG

2010 hat die Muttergesellschaft Delta Lloyd N.V., Amsterdam entschieden, sich auf ihre Kernmärkte in Holland und Belgien zu konzentrieren und sich aus dem deutschen Markt zurückzuziehen. Seit 2010 wird daher das aktive Run-Off Geschäft für die Lebensversicherer der Delta Lloyd Deutschland AG betrieben und kein Neugeschäft mehr angenommen.

Im Rahmen der Konzentration auf ihre Heimatmärkte hat die Delta Lloyd N.V., Amsterdam im September 2011 auch den Verkauf des deutschen Lebensversicherungsgeschäfts der Gruppe sowie der Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH an das international tätige japanische Finanzdienstleistungsunternehmen Nomura mitgeteilt. Dieser Verkauf gilt vorbehaltlich vor allem der aufsichtsrechtlichen Zustimmung durch die BaFin und der Kartellbehörde.

Entwicklung des Geschäftsbereichs Lebensversicherung

Die Entscheidung der Delta Lloyd Lebensversicherung AG für einen aktiven Run – Off hat zu erheblichen Veränderungen geführt. Die Verträge mit den Vertriebspartnern wurden gekündigt und Mitarbeiter mussten in allen Bereichen abgebaut werden. Dies haben wir sozialverträglich gemacht. Wir haben die Prozesse überprüft mit dem Ziel, notwendige Optimierungsmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen aufzudecken.

Seit 2011 arbeiten alle Mitarbeiter in der Delta Lloyd Lebensversicherung, um so Prozesse noch effizienter zu zentralisieren. Die Maßnahmen aus dem mit dem Betriebsrat vereinbarten Sozialplan wurden planmäßig zu großen Teilen umgesetzt. Diese Maßnahmen belasten das Ergebnis von 2011 nicht mehr, da ausreichend Vorsorge durch die Bildung einer angemessenen Rückstellung für den Sozialplan getroffen wurde. Die für 2011 geplante Verschmelzung der Delta Lloyd Pensionskasse und der Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH auf die Delta Lloyd Lebensversicherung AG wurde im Zusammenhang mit den Verkaufsaktivitäten an Nomura zurückgestellt.

Die gebuchten Bruttobeiträge betragen 336,6 Mio. Euro (Vorjahr: 390,9 Mio. Euro). Die laufenden Bruttobeiträge sind von 303,1 Mio. Euro auf 275,6 Mio. Euro und das Einmalbeitragsgeschäft ist von 87,7 Mio. Euro auf 60,9 Mio. Euro zurückgegangen.

Für Versicherungsleistungen haben die drei Lebensversicherungsunternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG insgesamt 494,9 Mio. Euro (Vorjahr: 620,0 Mio. Euro) gezahlt.

Der Kapitalanlagenbestand ist im Geschäftsjahr um 145,9 Mio. Euro auf 4.538,3 Mio. Euro (Zeitwert 4.602,7 Mio. Euro) zurückgegangen. Da wir unseren Versicherungsnehmern langfristige Leistungsversprechen abgegeben haben, haben wir den größten Teil unserer Kapitalanlagen in festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Aufgrund dieses langfristigen Charakters des Lebensversicherungsgeschäfts haben wir ausgewählte Kapitalanlagen der dauerhaften Vermögensanlage gewidmet und im Anlagevermögen ausgewiesen. Wir bewerten diese Wertpapiere gemäß § 341 b Abs. 2 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird auf den niedrigeren Marktwert abgeschrieben. Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungen sind von 289,5 Mio. Euro auf 266,9 Mio. Euro zurückgegangen.

Die Investitionen in den hoch verschuldeten Staaten des Euroraums (PIIGS Staaten) betragen 363,9 Mio. Euro auf Buchwertbasis. Damit sind knapp 8 Prozent in diesen europäischen Staaten angelegt. Wir sind mit 30,4 Mio. Euro in griechischen Staatsanleihen investiert. Diese Investitionen in griechischen Staatsanleihen sind mit 12,3 Mio. Euro stillen Lasten belastet. Die griechischen Staatsanleihen des Anlagevermögens haben wir mit mehr als die Hälfte ihres Nominalvolumens zum Jahresultimo wertberichtigt.

Bewertungsreserven ergeben sich als Unterschied zwischen den Zeitwerten und den Buchwerten zum Bilanzstichtag. Die stillen Reserven betragen netto 93,8 Mio. Euro (Vorjahr: 11,3 Mio. Euro). Eine detaillierte Aufstellung zu den stillen Reserven/Lasten ist dem Anhang zu entnehmen.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Lebensversicherungen werden zum Zeitwert bewertet und ausgewiesen. Der Marktwert dieser Kapitalanlagen beträgt 266,9 Mio. Euro (Vorjahr: 289,5 Mio. Euro).

Die Erträge aus Kapitalanlagen fielen um 28,2 Mio. Euro auf 197,9 Mio. Euro. Die laufenden Erträge aus anderen Kapitalanlagen gingen auf 191,2 Mio. Euro zurück. Die Erträge aus Zuschreibungen und aus Abgängen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 8,1 Mio. Euro verringert und betragen zusammen 6,8 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen sind um 20,4 Mio. Euro auf 65,0 Mio. Euro gesunken. Im Besonderen wird dieser Rückgang durch Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen von 26,5 Mio. Euro auf 5,0 Mio. Euro und dem Rückgang der Verwaltungskosten um 13,2 Mio. Euro auf 9,6 Mio. Euro bestimmt. Die Höhe der Abschreibungen von 50,4 Mio. Euro wurde durch Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen (33,2 Mio. Euro) und durch Abschreibungen auf Hypothekendarlehen (8,3 Mio. Euro) bestimmt.

Aufwendungen für Abschluss und Verwaltung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung sanken um 30,6 Mio. Euro auf 18,1 Mio. Euro. Auch bei einem nahezu geschlossenen Versicherungsbestand fallen noch Abschlussprovisionen für Versicherungen mit Beitragdynamik oder Erhöhungsoptionen an. Allein die Aufwendungen für Abschlusskosten reduzierten sich um 26,3 Mio. Euro auf 9,9 Mio. Euro. Bezogen auf die Beitragssumme des Neugeschäfts von 141,4 Mio. Euro (Vorjahr: 280,0 Mio. Euro) ergibt sich für das Geschäftsjahr 2011 eine Abschlusskostenquote von 7,0 Prozent (Vorjahr: 12,9 Prozent).

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich im Geschäftsjahr um 4,5 Mio. Euro auf 9,9 Mio. Euro verringert. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnet sich eine Verwaltungskostenquote von 3,0 Prozent (Vorjahr: 3,7 Prozent). Somit haben sich die Anstrengungen, die Kosten zu reduzieren, ausgezahlt.

Entwicklung der Leistungskennziffern

Finanzielle Leistungsindikatoren:

	31.12.2011	31.12.2010	
Verdiente Beiträge:	335,8	390,7	Mio. Euro
Rohüberschuss:	18,2	-45,2	Mio. Euro
Solvabilität:	103,2	101,8	%

Es gab keine nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufes oder der Lage von Bedeutung waren.

Geschäftsergebnis und Jahresüberschuss

Im Geschäftsjahr weist die Gesellschaft einen Konzernjahresfehlbetrag von 10,7 Mio. Euro (Vorjahr: 60,0 Mio. Euro) aus. Dieser wurde ganz wesentlich durch die Verluste der Delta Lloyd Deutschland AG und der Hamburger Lebensversicherung AG beeinflusst. Dieser Rückgang ist der Kapitalmarktsituation und dem aktiven Run-off geschuldet.

Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Entwicklung des Risikomanagements, Methoden und Ziele

Das Risikomanagement der Delta Lloyd Deutschland AG wird als die Gesamtheit aller systematischen Maßnahmen zur Bewältigung und Steuerung von Risiken definiert. Dies beinhaltet die möglichst frühe Identifikation sowie regelmäßige Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken, die die Delta Lloyd Deutschland AG sowie andere Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG im Hinblick auf ihre Zielerreichung sowie ihren Bestand als Unternehmen gefährden.

An der Unternehmensstrategie der einzelnen Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG richtet sich die Risikostrategie aus. Das Risikomanagement stellt sicher, dass

- die Konzern- und Unternehmensziele erreicht,
- die soziale Verantwortung gegenüber Mitarbeitern, Umwelt und Gesellschaft wahrgenommen,

- die Investitionen der Aktionäre gesichert,
- die Interessen der Versicherungsnehmer und sonstigen Kunden gewahrt und
- die Erfüllung der Anforderungen der Aufsichtsbehörden und des Gesetzgebers sichergestellt werden.

Die Delta Lloyd Deutschland AG versteht sich als risikobewusstes Unternehmen. Chancen und Risiken werden gegeneinander abgewogen. Hierbei handelt es sich nicht um die Eliminierung sämtlicher Risiken, sondern um das Erkennen von Risiken und das Beherrschen dieser Risiken auf einem akzeptablen Niveau.

Der Prognose- und Betrachtungszeitraum umfasst im Regelfall 12 Monate, also das laufende Geschäftsjahr. Darauf werden die Risikostrategie und Risikotragfähigkeit sowie das Risikoreporting ausgerichtet.

Die für die Gesellschaft geltenden Risikokategorien und -beschreibungen entsprechen den Definitionen gemäß Rundschreiben 03/2009 (VA) unter Berücksichtigung des DRS 5-20 für Versicherungsunternehmen und gelten konzernweit. Damit wird sichergestellt, dass in jeder Gesellschaft des Konzerns gleiche Risiken gleich beschrieben sind und so ein einheitliches Verständnis über die Risikolage hergestellt werden kann. Alle wesentlichen Risiken der zur Delta Lloyd Deutschland AG gehörenden Gesellschaften sind in das konsolidierte Berichtswesen zum Risikomanagement einbezogen.

Die Implementierung der Anforderungen aus dem Sarbanes-Oxley-Act innerhalb des Konzerns (Delta Lloyd N.V.) und damit auch bei der Delta Lloyd Deutschland AG ist abgeschlossen und wird regelmäßig an die gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst. Damit wird verstärkt der Fokus auf Prozesse und deren Kontrollen in den Finanzprozessen gelegt. So können gerade im Bereich der operationellen Risiken Schwächen frühzeitig erkannt und behoben werden.

Das Gesamtrisikomanagement und damit die Wahrnehmung der unabhängigen Risikocontrollingfunktion erfolgt durch den Zentralen Risikomanager in der Abteilung „Zentrales Risikomanagement“ der Delta Lloyd Lebensversicherung AG. Das Zentrale Risikomanagement übernimmt die Gesamtkoordination sämtlicher Aktivitäten zum Risikomanagement, die Zusammenführung aller finanziellen und operationellen Risiken zu einem Risikoprofil und die Berichterstattung an den Vorstand und Aufsichtsrat sowie an die Aufsichtsbehörde und den Mutterkonzern.

Das Risikomanagement ist dezentral organisiert, d.h. für das Risikomanagement der jeweiligen Gesellschaft sind die Geschäftsführer bzw. die Vorstände verantwortlich.

Für die operative Steuerung der Einzelrisiken zeichnen die Risk Owner verantwortlich. Sie haben die Aufgabe, vierteljährlich die Identifikation und Bewertung ihrer Risiken vorzunehmen sowie die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen. Die Ergebnisse der Risikobewertung der Einzelgesellschaften sind Grundlage für das ebenfalls vierteljährliche Berichtswesen. Die Bewertung der dabei zu verwendenden Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen erfolgt unter Zugrundelegung von jeweils vier quantifizierten Kategorien, die in ihrer Ausprägung für die Gesellschaften des Konzerns individuell definiert und dokumentiert sind.

Im Rahmen der Risikokommunikation sollen die quartalsweise tagenden Gremien Group Risk Committee (GRC), Financial Risk Committee (FRC) und das Operational Risk Committee (ORC) ein gemeinsames Verständnis im Management der Risikolage vermitteln und die Risikocontrollingprozesse aktiv begleiten. Sie haben verschiedene Zielsetzungen und Aufgaben im Risikomanagementprozess:

Zielsetzung und Verantwortung des GRC ist

- die Sicherstellung der Vollständigkeit der Risikoerfassung auf Konzernebene,
- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der Gesamtrisikolage,
- die Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken,
- die Begrenzung der Risikosituation durch Initiierung und Kontrolle erforderlicher Maßnahmen und
- das Treffen grundsätzlicher Risikomanagemententscheidungen.

Zielsetzung und Verantwortung des FRC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der finanziellen Risiken, insbesondere durch Identifikation der spezifischen Risiken der Versicherungsunternehmen aus den Kapitalanlagen und Derivaten Finanzinstrumenten,

- die Sicherstellung eines risikogerechten Reportings und einer objektiven Beurteilung der finanziellen Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken.

Zielsetzung und Verantwortung des ORC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der operationellen Risiken,
- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der operationellen Risiken,
- der Prüfung der Vollständigkeit der Risikoerfassung und ggf. Aufnahme aktueller operationeller Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken.

Das Risikocontrolling gemäß Rundschreiben 4/2011 (VA) für die Kapitalanlagen erfolgt innerhalb der Abteilung „Kapitalanlagensteuerung“. Darüber hinaus umfasst diese Funktion auch das aufsichtsrechtliche Meldewesen für die Kapitalanlagen.

Um den vollständigen, zeitnahen Austausch von Informationen über die Risiken aus den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen über die unterschiedlichen Organe und Ebenen und die Informationsrechte des Risikocontrollings sicherzustellen, ist die „Arbeitsgruppe Finanzen“ etabliert. Die Arbeitsgruppe tagt wöchentlich und nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Laufender Informationsaustausch über die Planung und Ergebnisse der Kapitalanlagen,
- Diskussion der Anlagestrategie in Verbindung mit neu erkannten Risiken,
- laufender Informationsaustausch über Risikoanalysen und ggf. Festlegung von Maßnahmen und
- Koordination wesentlicher Maßnahmen.

Die Kontrolle des Risikomanagements der Lebensversicherer erfolgt durch das Audit Committee bzw. den Aufsichtsrat, den Vorstand sowie die Interne Revision.

Ausblick

Die Weiterentwicklung der zentralen Elemente des Risikomanagements ist ein kontinuierlicher Prozess. Im Hinblick auf die getroffene Entscheidung, das Neugeschäft einzustellen, liegt 2011 der Fokus auf der Weiterentwicklung und Anpassung des Risikomanagementsystems sowie des Risikotragfähigkeitskonzepts im Rahmen der Run-Off-Planung. Neben den bereits implementierten Mindestanforderungen aus dem Rundschreiben 3/2009 (VA) gilt es darüber hinaus die Rahmenbedingungen von Solvency II weiter zu analysieren und umzusetzen.

Finanzielle Risiken

Für die Delta Lloyd Deutschland AG als Holdinggesellschaft einer Unternehmensgruppe mit dem Schwerpunkt im Lebensversicherungsgeschäft werden die finanziellen Risiken insbesondere durch das Versicherungsgeschäft der Versicherungstöchter beeinflusst.

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko (Reserverisiko) ist das mit der Tätigkeit eines Versicherungsunternehmens untrennbar verbundene Grundrisiko. Es handelt sich also um das Risiko, dass die vom Unternehmen für das Versicherungsgeschäft gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen, um die Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen zu erfüllen. Es umfasst biometrische Risiken, d.h. Risiken durch sich ändernde Rechnungsgrundlagen (Sterblichkeit, Lebenserwartung, Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Pflege), das Garantiezinsrisiko (dauerhafte Erfüllbarkeit der garantierten Mindestverzinsung der Verträge) sowie das Stornorisiko.

Biometrische Risiken

Die Tarifikalkulation erfolgte so, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verträge der Versicherungsnehmer jederzeit gesichert ist. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen der Tarife, zum Beispiel Sterbe- oder Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, unterliegen jährlichen Schwankungen und können sich über die Zeit ändern. Zu diesem Zweck erfolgen aktuarielle Analysen, einerseits unternehmensintern, andererseits aber vornehmlich durch Experten in entsprechenden Arbeitsgruppen der Deutschen Akutarvereinigung (DVA). Im Hinblick auf biometrische Risiken wurden bei der Berechnung der Deckungsrückstellungen vorsichtig bemessene Rechnungsgrundlagen verwendet, die von den Lebensversicherern des Konzerns auf Basis der vorgenannten Analysen als angemessen angesehen werden.

Garantiezinsrisiko

Die Lebensversicherer des Konzerns müssen in einem Umfeld niedriger Kapitalmarktzinsen die Mindestverzinsung, die sie garantieren, in der zugesagten Höhe erwirtschaften. Sowohl stark fallende als auch stark steigende Zinsen stellen ein Risiko dar. Mit einer entsprechenden Kapitalanlagestrategie ist es das Ziel unserer Lebensversicherungsunternehmen, dieser Herausforderung gerecht zu werden. Die Angemessenheit der Kapitalanlagestrategie wird durch regelmäßige ALM-Analysen überprüft und bei Bedarf angepasst.

Stornorisiko

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt - mit Ausnahme der Nachreservierung für Rentenversicherungen - ohne den Ansatz von Stornowahrscheinlichkeiten.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Die Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern bestehen in Höhe von 6,06 Mio. Euro. Aufgrund eines speziellen Vertrags zur Risikoabdeckung besteht die Möglichkeit, dass die Delta Lloyd Deutschland AG einen Teil der Kosten aus dem Ausfall von Forderungen tragen muss.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer aus fälligen Ansprüchen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 12,78 Mio. Euro, davon 1,3 Mio. Euro älter als 90 Tage.

Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre betrug 0,27 Prozent.

Forderungsausfälle gegenüber Rückversicherern sind aufgrund der bestehenden Erfahrungen nicht zu erwarten. Die Lebensversicherungsunternehmen arbeiten mit den weltgrößten und bonitätsstärksten Partnern in diesem Bereich zusammen. Sie verfügen über folgende Ratings von Standard & Poor`s:

- Münchener Rück: AA-
- General Reinsurance Corporation / Kölnische Rück: AA+
- SCOR: A

Risiken aus Kapitalanlagen

Das Kapitalanlagerisiko ist eines der größten Risiken eines Lebensversicherers, da die garantierten Leistungen erwirtschaftet werden müssen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Aufsicht an Rentabilität, Sicherheit und Liquidität der Kapitalanlagen erfüllt werden.

Das Jahr 2011 war im Zusammenhang mit der Schuldenkrise einiger europäischer Staaten (im folgenden PIIGS genannt) und deren „Infektionswirkung“ auf weitere Staaten – auch in Kerneuropa – erneut von starken Volatilitäten an den europäischen Zinsmärkten bestimmt.

Zentrum der Krise war nach wie vor der Auslöser Griechenland, dessen S & P Rating in 2011 ein downgrade bis zu CC erfuhr. Die EU, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) einigten sich auf umfangreiche Finanzhilfen. Die europäische Währungsunion beschloss schließlich auf einem Gipfeltreffen einen dauerhaften Auffangschirm für die pleitebedrohten Staaten wie Griechenland. Der ständige Krisenmechanismus soll Mitte 2012 an die Stelle des bisherigen Rettungsschirms treten.

Durch die Engagements in den hoch verschuldeten Staaten des Euroraums (PIIGS) waren bereits vermehrt Banken in die Schuldenkrise einbezogen. Zur Lösung der Griechenland-Krise sollen sich auch deutsche Banken und Versicherungen an dem Rettungspaket beteiligen d.h. auf 50 % ihrer Forderungen freiwillig verzichten.

Die EZB trat vermehrt als Käuferin europäischer Staatsanleihen auf.

Das europäische Staatsschulden-Szenario und die Auswirkungen auf die Finanzbranche hatten erhebliche Auswirkungen auf die Kapitalanlagen der Lebensversicherungsunternehmen. Investitionen in hoch verschuldeten Staaten des Euroraums (PIIGS) wiesen erhöhte Abschreibungserfordernisse auf und die Anlage und Wiederanlage in bisher sichere Staatsanleihen gestaltete sich zunehmend schwieriger.

Die zunehmende Fokussierung auf zinstragende Titel spiegelt sich deutlich im 10-Jahres-Zinssatz Deutscher Bundesanleihen wieder, der seinen Tiefpunkt bei 1,64% fand. Spreadausweitungen im Euroraum waren über weite Teile des Jahres zu beobachten. Die starke Versorgung der Geldmärkte durch die Zentralbanken weltweit führte dementsprechend zu sehr niedrigen Geldmarktsätzen.

Die Kapitalanlagestrategie wurde stetig überprüft und mit dem Asset Manager abgestimmt. Sofern sinnvolle Anpassungen an die Markterfordernisse möglich waren, wurden diese umgesetzt.

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden bei der Festlegung der Kapitalanlagestrategie berücksichtigt. Eine besondere Konzentration von Risiken nach Wertpapier- bzw. Branchensegmenten besteht wie bei deutschen Lebensversicherern üblich auf deutsche Banken. Zur Begrenzung des Konzentrationsrisikos werden neben den aufsichtsrechtlichen Limiten jene Emittenten besonders überwacht, die eine Konzentration von mindestens 5% aufweisen. Des Weiteren wird die Bonität der Emittenten regelmäßig kontrolliert.

Um eine optimale Entscheidungsfindung zu gewährleisten, gibt es eine spezielle Vorstandssitzung Finanzen, die über die strategische Asset-Allokation der Lebensversicherungsunternehmen sowie über Investitionen mit besonderem Charakter, zum Beispiel Absicherungsmaßnahmen, entscheidet.

Der Wert von Kapitalanlagen ist stets den Schwankungen der Finanzmärkte unterworfen. Im Rahmen von regelmäßig durchgeführten Stresstests wird die Werthaltigkeit des Bestandes überprüft. Die verwendeten Szenarien sind die in der Branche üblichen Stresstests.

Zu den Risiken aus Kapitalanlagen gehören Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken.

Marktpreisrisiko

Unter dem *Zinsänderungsrisiko* versteht man die Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung des Marktzinses und einen damit verbundenen Kursverlust bei steigendem Marktzinsniveau. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Assetmanagement der holländischen Muttergesellschaft werden bei Bedarf Zinsänderungsrisiken mittels Zins-Hedge abgesichert. Derzeit sind die Lebensversicherungsunternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG überwiegend in Namenspapiere und Schuldscheindarlehen, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen, investiert.

Das *Kursrisiko* bezeichnet das Risiko aus der negativen Preis- bzw. Wertentwicklung von Aktien oder Immobilien. Im Rahmen der gruppenweiten Reduzierung der Aktienquote hat das Aktienkursrisiko keinen wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der einzelnen Gesellschaften. Die Immobilienbestände der Delta Lloyd Lebensversicherung und der Hamburger Lebensversicherung belaufen sich auf 17% bzw. 6,2% der gesamten Kapitalanlagen und werden regelmäßig überwacht.

Die Auswirkungen des Kursrisikos hinsichtlich eines Kursverlustes auf den Zeitwert von Aktien sowie des Zinsänderungsrisikos hinsichtlich einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder unten auf den Zeitwert von festverzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen werden regelmäßig überprüft. Darüber hinaus werden die vorgeschriebenen Stresstests der Aufsicht durchgeführt.

	Szenariobeschreibung	Marktwertreduzierung in TEUR	Prozentualer Rückgang Kapitalanlagen
Szenario 1	Renten -10%	38.276	0,8
Szenario 2	Aktien - 20 %	4.628	0,1
Szenario 3	Aktien - 14 % Renten -5 %	23.106	0,5
Szenario 4	Aktien - 14 % Immobilien - 10 %	77.486	1,7

Die Auswirkung einer Verschiebung der Zinsstrukturkurve um einen Prozentpunkt nach oben und unten stellt sich wie folgt dar:

	Hypotheken	NP/SSD	Inhaberpapiere
- 100 BP	610.271,6	2.480.850,4	806.880,2
Marktwert (TEUR)	594.705,5	2.369.404,7	744.347,7
+ 100 BP	579.043,1	2.239.238,2	681.815,1

Bonitätsrisiko

Unter dem Bonitätsrisiko versteht man die Zahlungsunfähigkeit oder Illiquidität des Schuldners, das heißt die Unmöglichkeit zur termingerechten Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen. Außerdem wird die Auswirkung auf den Credit-Spread berücksichtigt. Soweit möglich wird die Einstufung der Bonität mittels externer Rating-Agenturen (z.B. Standard & Poor`s) vorgenommen. Die Portfolien der Lebensversicherungsunternehmen umfassen hauptsächlich Namenspapiere und Schuldscheindarlehn. Neben einem wesentlichen Anteil an Hypotheken, Inhaberpapieren und Immobilien beinhaltet das Gesamtportfolio darüber hinaus Investmentfonds, Beteiligungen und Tagesgelder.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr einer nicht termingerechten Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen. Mögliche Liquidierungen von Kapitalanlagen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit können mit Verlusten verbunden sein. Im Rahmen einer entsprechenden kurzfristigen Liquiditätsplanung, d.h. der Gegenüberstellung der eingehenden und ausgehenden Zahlungsströme auf Monatsbasis, wird dieses Risiko überwacht. Darüber hinaus ist eine längerfristige Gegenüberstellung der Versicherungsleistungen und der Kapitalanlagen implementiert. Ziel ist die Sicherstellung der Bedeckung der Passivseite durch die Aktivseite der kommenden Jahre.

Wertpapierart	Buchwert (Mio. EUR) 31.12.2011	Rating nach S&P (Mio. EUR)	
Investmentfonds und FI	845,2	AAA	1,5
		N.R.	843,8
Staatsanleihe	1.399,8	AAA	391,1
		AA	734,7
		A	243,5
		CC	30,4
Unternehmensanleihe	120,7	AAA	13,9
		AA	32,5
		A	17,5
		BBB	51,1
		N.R.	5,7
Kreditinstitute	1.448,1	AAA	809,3
		AA	52,3
		A	414,2
		BBB	172,4
Pfandbriefe	105,2	AAA	27,3
		AA	19,3
		A	14,9
		BBB	35,5
		BB	8,2
Stille Beteiligungen/ andere Kapitalanlagen	68,5	N.R.	68,5
Tagesgeld	113,4	N.R.	113,4
Verbundene Unternehmen	12,0	N.R.	12,0
Summe	4.113,0		4.113,0

Darüber hinaus halten die drei Lebensversicherungsunternehmen folgende Investitionen in PIIGS-Staaten:

	Buchwert (TEUR)	Marktwert (TEUR)
Griechenland	30.441,5	18.146,1
Spanien	215.000,0	174.943
Italien	30.489,0	24.572

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr einer nicht termingerechten Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen. Mögliche Liquidierungen von Kapitalanlagen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit können mit Verlusten verbunden sein. Im Rahmen einer entsprechenden kurzfristigen Liquiditätsplanung, d.h. der Gegenüberstellung der eingehenden und ausgehenden Zahlungsströme auf Monatsbasis, wird dieses Risiko überwacht. Darüber hinaus ist eine längerfristige Gegenüberstellung der Versicherungsleistungen und der Kapitalanlagen implementiert. Ziel ist die Sicherstellung der Bedeckung der Passivseite durch die Aktivseite der kommenden Jahre. Der Stand der Liquidität per 31.12.2012 beträgt insgesamt 126,9 Mio. Euro.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken versteht die Delta Lloyd Deutschland AG die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten.

Alle identifizierbaren operationellen Risiken der Gesellschaft werden standardisiert erfasst und quartalsweise hinsichtlich ihrer Entwicklung von den Risk Ownern aktualisiert. Notwendige Maßnahmen zur Reduzierung werden dokumentiert und überwacht. Eine Überprüfung erfolgt durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion und das ORC, welche ggf. weitere Maßnahmen vorschlagen.

Zum Aufbau einer Datenhistorie für Schäden aus operationellen Risiken erfolgt eine standardisierte Erfassung aller eingetretenen Schäden ab 500,- Euro an das Zentrale Risikomanagement. Dort werden die Daten in einer Schadendatenbank zusammengeführt.

Prozessrisiken

Im Managementfokus stehen die Dokumentation und Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation und die Anreizsysteme vor dem Hintergrund der MaRisk sowie die Weiterentwicklung der Controlling- und Informationssysteme. Die Bestandsverwaltung der Gesellschaft erfolgt auf einem eigenen System. Sicherungssysteme wie das Vier-Augen-Prinzip oder maschinelle Plausibilitätsprüfungen innerhalb der Bestandsführung reduzieren mögliche Fehler in den Arbeitsabläufen. Darüber hinaus wurden Vorgaben zur Dokumentation aller Hauptprozesse der Gesellschaft erstellt, um Prozesse und Kontrollen einheitlich und transparent zu dokumentieren.

Personelle Risiken

Zu den personellen Risiken der Delta Lloyd Deutschland AG gehören die qualitative und quantitative Personalausstattung sowie die Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen. Die Weiterbildungsangebote innerhalb des Konzerns stellen sicher, dass Mitarbeiter kontinuierlich und bedarfsgerecht an die aktuellen Herausforderungen herangeführt werden. So können auch arbeitsmarktbedingte Engpässe bei der Besetzung von Stellen mit Spezialisten ausgeglichen werden. Im Zusammenhang mit der Entscheidung das Neugeschäft einzustellen und die Gesellschaft grundlegend umzustrukturieren, wurde bereits ein hoher Personalabbau vollzogen. Die Umsetzung des Sanierungskonzeptes ist bis Ende 2011 weitestgehend abgeschlossen worden. Um Kündigungen von Key-Playern vorzubeugen, wurden entsprechende Anreizsysteme implementiert.

Zur Bekämpfung von wirtschaftskriminellen Handlungen besteht seit 2007 für den Konzern der Delta Lloyd Deutschland AG eine Richtlinie zur Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen. Die Unternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG sind danach verpflichtet, das Auftreten von wirtschaftskriminellen Handlungen jedweder Art zu vermeiden und insbesondere alle Maßnahmen zu veranlassen, um diese aufzudecken, zu untersuchen und zu dokumentieren. Verfehlungen in diesem Zusammenhang sollen konsequent geahndet werden. Das Anti-Fraudmanagement ist für

die Anforderungen an die notwendigen Prozesse und Methoden zur Bekämpfung doloser Handlungen verantwortlich.

System- und Technologierisiken

Die Delta Lloyd Deutschland AG misst insbesondere der IT-Sicherheit große Bedeutung bei. Die Umsetzung der Anforderungen an den Datenschutz wird durch die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten sichergestellt. Seit 2007 ist ein IT-Sicherheitsbeauftragter berufen, um Anforderungen an die IT-Sicherheit zu definieren und deren Umsetzung zu überwachen.

Um IT-Risiken, wie beispielsweise der Teil- oder Totalausfall von Systemen oder gravierende Datenverluste zu vermeiden, werden unter anderem Firewalls und Virenschutzprogramme eingesetzt und stets aktualisiert. Des Weiteren finden Datenauslagerung und räumliche Trennung kritischer Komponenten und Backups statt. Die Funktionsfähigkeit der Verfahren wird regelmäßig getestet.

Externe Risiken

Bei den externen Risiken stehen bei der Delta Lloyd Deutschland AG insbesondere das Rechtsrisiko, die Abhängigkeit von Outsourcing-Partnern und der mögliche Katastrophenfall im Fokus.

Das grundsätzlich immer bestehende Rechtsrisiko (Non-Compliance) wird durch die Tätigkeit der juristischen Abteilung und das Compliance Office reduziert. Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden fortlaufend überwacht. Insbesondere prüfen der Geldwäschebeauftragte, der Datenschutzbeauftragte, der Compliance Officer sowie die Konzernrevision regelmäßig die Einhaltung einschlägiger Vorschriften.

Prozesse mit einem nachhaltigen Risiko gegen die Delta Lloyd Deutschland sind nicht anhängig. Sowohl gravierende Haftungsrisiken als auch Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen sind nicht vorhanden.

Ab 01. Januar 2014 treten in Europa die vom europäischen Parlament mit der Direktive 2009/138/EC (Solvency II) veröffentlichten, neuen, risikoorientierten Solvenzregelungen für Versicherer in Kraft. Neben der Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen sowie der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, stellt Solvency II ebenfalls erweiterte Ansprüche an das Risikomanagement der Versicherungsunternehmen.

Zur erfolgreichen Umsetzung dieser, in drei Säulen gegliederten, regulatorischen Anforderungen, wurde ein internes Projektteam gebildet. Dieses hat 2011, unter Einbeziehung der bisher seitens der Regulatoren zu Solvency II veröffentlichten Informationen, sowie dem Spezialwissen interner Fachbereiche, eine detaillierte Projektplanung erarbeitet, in der Verantwortlichkeiten eindeutig zugeordnet und Meilensteine definiert wurden. Mit der Umsetzung einzelner Teilbereiche wurde bereits 2011 begonnen.

Ausgehend von der ursprünglich bereits ein Jahr zuvor, zum 01. Januar 2013, anvisierten Inkraftsetzung der neuen Solvenzregelungen, wird weiterhin die Zielsetzung verfolgt, die größten Herausforderungen des Projekts innerhalb des Jahres 2012 erfolgreich abzuschließen. Im Jahr 2013 werden die im Rahmen des Projekts implementierten Prozesse sowie erstellten Dokumente weiter präzisiert. Besondere Aufmerksamkeit wird während des gesamten Projektes den erwarteten Aktualisierungen der durch Regulatoren formulierten Anforderungen zukommen. Zur Gewährleistung des erfolgreichen Verlaufs dieses umfassenden und kapazitätsintensiven Projekts, wird ein kontinuierliches Monitoring hinsichtlich Qualität, Zeit sowie erforderlicher Kapazitäten durchgeführt.

Die Delta Lloyd Deutschland AG hat die Kapitalanlageverwaltung an die KAS Investment Servicing GmbH (KIS) ausgelagert. Ein entsprechender Funktions- bzw. Ausgliederungsvertrag wurde mit der Delta Lloyd Deutschland AG geschlossen. Neben der Kapitalanlagebuchhaltung, die direkt durch die KIS erfolgt, besteht ein weiterer Dienstleistungsvertrag über die Vermögensanlage zwischen der KIS und der Delta Lloyd Asset Management Amsterdam. Dem Asset Manager sind mittels Anlagerichtlinien Rahmenbedingungen für die Vermögensanlage vorgegeben, welche seitens der KIS fortlaufend überwacht werden. Die ausgegliederten Aktivitäten und Prozesse an KIS werden seitens der Delta Lloyd Deutschland AG durch die Funktion Outsourcing Controlling fortlaufend überwacht. Dazu gehört auch die regelmäßige Beurteilung der Dienstleistungsqualität des Unternehmens.

Sonstige Risiken

Zu den sonstigen Risiken gehören das strategische Risiko und das Kostenrisiko.

Das strategische Risiko liegt im Wesentlichen in der Veränderung der Marktsituation verbunden mit negativen Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Ein wesentlicher Kernpunkt zur Begegnung dieser Risiken ist die mittelfristige Strategie der Delta Lloyd Lebensversicherung AG. Aus diesem Grund analysiert der Konzern regelmäßig sein deutsches Marktumfeld und erstellt darauf aufbauend die Mehrjahresplanung. Nach Auswertung der Analysen hat der Konzern 2010 entschieden das Neugeschäft für die Lebensversicherungsgesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG einzustellen. Die Umstrukturierung und der damit verbundene Personalabbau wurden bis Ende 2011 weitestgehend abgeschlossen.

Am 30.09.2011 wurde zwischen Nomura und Delta Lloyd N.V. ein Kaufvertrag über das Deutschlandgeschäft geschlossen. Die Transaktion soll – vorbehaltlich der Zustimmung der Versicherungsaufsicht - in der zweiten Jahreshälfte 2012 abgeschlossen werden.

Das Kostenrisiko bei einem Lebensversicherer mit der strategischen Ausrichtung „Going concern mit Abwicklung der Versicherungsbestände“ ist bedingt durch den abnehmenden Kapitalanlagebestand und der fälligen bzw. gekündigten Versicherungsverträge fortlaufend zu überwachen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird die Kostenstruktur der Delta Lloyd Deutschland AG an die Bestandsentwicklung angepasst.

Zusammenfassung der Risikolage

Zusammenfassend sehen wir, unter Berücksichtigung der von uns ergriffenen Maßnahmen, derzeit keine Entwicklung, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft bestandsgefährdend beeinträchtigt.

Die beschriebenen Kontrollmechanismen und Instrumente tragen unter Berücksichtigung der geplanten Maßnahmen hinsichtlich der neuen Anforderungen aus den MaRisk VA in der Gesamtheit dazu bei, dass die Delta Lloyd Deutschland AG über ein wirksames Risikomanagement verfügt, welches bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkennen und die notwendigen Gegenmaßnahmen veranlassen kann.

Vorgänge nach dem Geschäftsjahresende

Nach dem Geschäftsjahresende sind wir vom Verkaufsvertrag eines Grundstücks zurückgetreten, da der Vertragspartner die vereinbarte Zahlung nicht geleistet hat.

Zudem haben wir nach der Aufstellung des Jahresabschlusses den Wertberichtigungsbedarf für Griechenland auf mehr als die Hälfte ihres Nominalvolumens erhöht, da Vereinbarungen mit Griechenland nicht erzielt wurden und uns eine Wertberichtigung auf griechische Staatspapiere mit 50% nicht ausreichend erschien.

Chancen und Ausblick

Wirtschaftliche Entwicklung

Während sich das globale Wirtschaftswachstum 2011 auch dank der unterstützenden Maßnahmen durch die Geld- und Fiskalpolitik lediglich auf rund 3,5 Prozent abgeschwächt haben wird, gehen wir auch für das Jahr 2012 von einem positiven Wachstum aus. Die Weltwirtschaft wird nach vorsichtigen Schätzungen 2012 um rund 3,3 Prozent wachsen. Das Wachstum wird dabei von den Wachstumsmärkten China und Indien getragen. Auch wenn der Konsolidierungsdruck auf einige EU Länder groß bleiben wird, werden die bereits eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen erste Impulse für ein Wachstum in Europa liefern. Für 2013 gehen wir von einem weltweiten Wachstum von 3,6 Prozent und für den Euroraum von rund 1,3 Prozent aus. Dabei werden der Wille und die Fähigkeit zur Sanierung der Staatshaushalte in der EU sowie der USA sowie der politische Wille zur Erhaltung des Euro – Raumes die wesentlichen Kriterien für Wachstum sein.

Während Deutschland in Europa eine positive Ausnahme in Bezug auf das Wachstum in den letzten zwei Jahren war, wird sich die Abkühlung der Weltwirtschaft auch bei uns in einem geringeren Wachstum des Bruttoinlandsproduktes auswirken. Wir schätzen, dass es 2012 zu einem Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent und im Folgejahr 2013 von 1,7 Prozent kommen wird. Der Anstieg der Inflation in 2011 wurde durch Energie- und Lebensmittelpreise bewirkt. Bei einem stabilen Ölpreis rechnen wir für 2012 und 2013 mit einer Inflationsrate von rund 2 Prozent.

Bei diesem Inflationsszenario kann die europäische Notenbank ihre expansive Geldpolitik fortsetzen und den niedrigen Leitzins beibehalten. Bei 10jährigen Bundesanleihen rechnen wir für 2012 und 2013 mit einem Zins von jeweils rund 2,0 Prozent. Für die Aktienmärkte sind wir vorsichtig optimistisch und rechnen für den DAX in 2012 mit einem Anstieg auf 6.700 Punkte und für 2013 mit einem Anstieg auf 7.100 Punkte.

Lebensversicherung

Auch die Lebensversicherung wird durch die Diskussionen über Sanierung der Staatshaushalte und die Herausforderungen im Euro-Raum geprägt. Daher ist ein Ausblick für die Lebensversicherungsbranche mit erheblicher Unsicherheit behaftet.

Auch für 2012 erwarten wir auf Grund der weiterhin niedrigen Zinssituation eine weitere moderate Absenkung der Überschussbeteiligung, die auch notwendig wird, um die Zinsnachreservierung bei weiterhin niedrigem Zinsumfeld zu finanzieren. Die Gesamtverzinsung mit rund vier Prozent, die wir für 2012 für die Branche erwarten, wird aber auch weiterhin ein positiver Wettbewerbfaktor gegenüber alternativen Anlageprodukten der Banken darstellen.

Auch die Absenkung des Garantiezinses ab 01.01.2012 auf 1,75 Prozent wird die Attraktivität der Lebensversicherungsprodukte im aktuellen Marktumfeld kaum schmälern. Dabei ist das Vertrauen der Kunden in sichere Lebensversicherungsprodukte vor allem im Vergleich zu Bankprodukten ungebrochen.

Eine Prognose der gebuchten Beiträge für die kommenden Jahre bleibt schwierig. Die Entwicklung der Einmalbeiträge ist dabei nur schwer einzuschätzen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass das Neugeschäft sich auf dem Vorjahresniveau bewegen wird, während die Beitragseinnahmen leicht zurückgehen werden.

Nicht nur für die Lebensversicherung sondern für die gesamte Versicherungsbranche wird die Umsetzung der Anforderungen von Solvency II eine außerordentlich große Herausforderung für die nächsten zwei Geschäftsjahre darstellen.

Delta Lloyd Deutschland AG

Die Restrukturierungsmaßnahmen im Rahmen unseres Run – off Projektes sind im Wesentlichen umgesetzt. Für unsere bestehenden Kundenverträge wird sich nichts ändern. Diese werden unverändert weiter laufen und in gewohnter Weise von uns betreut werden. Den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern werden wir weiterhin nachkommen.

Im Fokus unserer Tätigkeiten wird die Optimierung von Prozessen des Verwaltungsbereichs stehen, um so auch die Kosten unserer Gesellschaft in der Zukunft weiterhin zu verschlanken. Die laufende Verzinsung (Garantiezins zuzüglich Zinsgewinn) haben wir auf Grund der zu geringen Kapitalanlagenenerträge auf Vorjahrsniveau belassen.

Die Umsetzung der Anforderungen von Solvency II wird auch weiterhin für uns eine sehr große Herausforderung und finanzielle Belastung darstellen. Risiken sehen wir hier insbesondere in der Umsetzung – auch wegen der noch vielen offenen Themen – mit einer erheblich reduzierten Anzahl an Mitarbeitern.

Die Chancen eines Run – off Spezialisten sehen wir in der Konzentration auf die Optimierung von Verwaltungsprozessen, um so eine positive Ertragssituation für die Gesellschaft durch Kostenreduzierung zu erreichen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Delta Lloyd Deutschland AG hielt am Bilanzstichtag die Mehrheit am Grundkapital der Delta Lloyd Lebensversicherung AG. Alleinige Gesellschafterin der Delta Lloyd Deutschland AG ist die Delta Lloyd N.V., Amsterdam. Diese ist seit 2011 nicht mehr mehrheitlich der Aviva plc, London zugeordnet. Der Tatbestand der Mehrheitsbeteiligung wurde der Gesellschaft nach den Vorschriften des Aktiengesetzes mitgeteilt.

Die niederländische Muttergesellschaft Delta Lloyd N.V., Amsterdam, hat als unmittelbare Anteilseignerin der Delta Lloyd Deutschland AG am 30.09.2011 die Versicherungsbestände der Lebensversicherer der Delta Lloyd Deutschland AG unter Vorbehalt der Zustimmung der BaFin verkauft. Auf bestehende Kundenverträge hat diese Entscheidung keine Auswirkungen, sie laufen unverändert weiter und werden in gewohnter Form betreut.

Den nach § 312 AktG vorgeschriebenen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir erstellt. Am Schluss des Berichtes heißt es: „Nach Prüfung unserer Bücher, Akten und sonstigen Unterlagen sowie nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte mit verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, erklären wir, dass

die Delta Lloyd Deutschland AG im Berichtsjahr bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die durch die Delta Lloyd N.V., Amsterdam veranlasste Einstellung des Neugeschäfts stellt einen Nachteil für die Gesellschaft dar. Hierfür besteht gem. §§ 312 Abs. 3 S. 2 in Verbindung mit 311 AktG keine Ausgleichspflicht, da der Vorstand auf Veranlassung des herrschenden Unternehmens von der Verhaltensweise eines gewissenhaften und ordentlichen Kaufmann im Sinne des § 317 Abs. 2 AktG nicht abgewichen ist.“

Wiesbaden, den 19. Januar 2012

Der Vorstand

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011

Aktivseite	2011 EUR	2010 EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	970.596	660.291
B. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	124.459.387	132.960.977
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen sind	12.000.000	12.000.000
2. Beteiligungen	2.258.453	2.258.453
	14.258.453	14.258.453
III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	578.661.929	410.314.715
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	725.324.719	868.994.333
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen ¹⁾	550.059.196	611.867.691
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	985.554.453	1.004.925.034
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen ¹⁾	1.357.230.673	1.367.610.739
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	17.285.494	23.214.475
d) übrige Ausleihungen	5.847.784	5.137.616
	2.365.918.404	2.400.887.864
5. Einlagen bei Kreditinstituten	113.401.452	183.701.452
6. Andere Kapitalanlagen	66.262.039	61.268.535
	4.399.627.738	4.537.034.590
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	0	0
	4.538.345.578	4.684.254.020
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice	266.865.700	289.496.004
Übertrag:	4.806.181.874	4.974.410.315

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011

<u>Aktivseite</u>	2011 EUR	2010 EUR
Übertrag:	4.806.181.874	4.974.410.315
D. Forderungen an Kunden	0	0
E. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
1. Versicherungsnehmer		
a) fällige Ansprüche	12.777.999	15.392.929
b) noch nicht fällige Ansprüche	10.920.603	16.165.847
	23.698.602	31.558.776
2. Versicherungsvermittler	6.053.084	3.826.556
	29.751.686	35.385.332
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	784	25.047
III. Sonstige Forderungen	65.559.196	68.888.775
davon an verbundene Unternehmen, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen sind:		
Gj: 0 EUR (Vj: 0 EUR)		
	95.311.665	104.299.154
F. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Sachanlagen und Vorräte	1.585.079	2.223.228
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	13.473.114	15.682.061
III. Andere Vermögensgegenstände	43.663.666	29.150.250
	58.721.859	47.055.539
G. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	70.985.375	72.585.671
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	789.145	899.052
	71.774.520	73.484.723
H. Aktive latente Steuern	0	2.795.678
	0	2.795.678
Summe der Aktiva	5.031.989.919	5.202.045.409

¹⁾ Die Vorjahreswerte wurden aufgrund § 341 c HGB angepasst
Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011

Passivseite	2011 EUR	2010 EUR
A. Eigenkapital:		
I. Gezeichnetes Kapital	80.000.000	80.000.000
II. Kapitalrücklage	396.778.316	396.778.316
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	515.200	515.200
2. andere Gewinnrücklagen	2.009.623	2.009.623
	2.524.823	2.524.823
IV. Verlustvortrag	-348.530.969	-288.493.596
V. Konzernjahresergebnis	-10.761.592	-60.037.374
	120.010.578	130.772.170
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Beitragsüberträge		
1. Bruttobetrag	33.724.133	37.316.523
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	0
	33.724.133	37.316.523
II. Deckungsrückstellung		
1. Bruttobetrag	4.167.209.425	4.261.569.994
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1.739	5.946
	4.167.207.686	4.261.564.048
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
1. Bruttobetrag	72.799.305	56.061.714
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2.489.086	1.713.831
	70.310.219	54.347.883
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
1. Bruttobetrag	142.365.616	147.371.679
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	0
	142.365.616	147.371.679
	4.413.607.654	4.500.600.133
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird		
I. Deckungsrückstellung		
1. Bruttobetrag	230.692.371	247.437.465
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	0
	230.692.371	247.437.465
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen		
1. Bruttobetrag	36.173.329	42.058.539
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	0
	36.173.329	42.058.539
	266.865.700	289.496.004
Übertrag:	4.800.483.932	4.920.868.307

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011

Passivseite	2011 EUR	2010 EUR
Übertrag:	4.800.483.932	4.920.868.307
D. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	43.017.805	39.202.312
II. Steuerrückstellungen	3.170.108	4.739.295
III. Sonstige Rückstellungen	30.759.955	67.655.766
	76.947.867	111.597.374
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	1.739	5.946
F. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
G. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber		
1. Versicherungsnehmern	91.087.584	100.614.358
2. Versicherungsvermittlern	5.985.215	5.876.456
	97.072.799	106.490.814
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	2.004.885	1.579.764
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.636.247	3.636.247
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	51.803.127	57.769.037
davon:		
aus Steuern		
Gj: 937.933 EUR (Vj: 2.756.518 EUR)		
im Rahmen der sozialen Sicherheit		
Gj: 0 EUR (Vj: 0 EUR)		
davon an verbundene Unternehmen, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen sind:		
Gj: 0 EUR (Vj: 0 EUR)		
	154.517.059	169.475.862
H. Rechnungsabgrenzungsposten ¹⁾	39.321	97.921
Summe der Passiva	5.031.989.918	5.202.045.409

¹⁾ Die Vorjahreswerte wurden aufgrund § 341 c HGB angepasst
Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Konzerngewinn- und Verlustrechnung vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011 EUR	2010 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung für das Lebensversicherungsgeschäft		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	336.552.073	390.906.605
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	4.264.370	4.345.302
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	3.592.390	4.155.101
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0	0
	335.880.092	390.716.404
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	7.633.104	10.233.895
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	0	0
davon aus verbundenen Unternehmen, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen sind:		
Gj: 0 EUR (Vj: 0 EUR)		
davon aus assoziierten Unternehmen:		
Gj: 0 EUR (Vj: 0 EUR)		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	9.040.933	11.205.735
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	182.143.553	200.099.390
	191.184.486	211.305.125
c) Erträge aus Zuschreibungen	5.176.825	4.977.859
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.587.774	9.867.922
	197.949.085	226.150.906
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	6.174.778	29.216.991
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung	30.038	466.735
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	494.897.215	620.791.939
bb) Anteil der Rückversicherer	535.737	811.149
	494.361.478	619.980.790
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	16.737.591	2.912.628
bb) Anteil der Rückversicherer	775.255	522.762
	15.962.336	2.389.867
	510.323.814	622.370.656
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung		
aa) Bruttobetrag	108.163.019	138.884.988
bb) Anteil der Rückversicherer	4.207	9.671
	108.158.812	138.875.317
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	4.774.126	245.700
	112.932.938	138.629.617

Konzerngewinn- und Verlustrechnung vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011 EUR	2010 EUR
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung	23.600.000	13.698.144
Aufwendungen für RfB Neubewertung	1.974.722	13.511.336
	25.574.722	186.807
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Abschlussaufwendungen	9.853.208	36.177.848
b) Verwaltungsaufwendungen	9.928.115	14.422.326
c) davon ab:		
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	1.723.300	1.957.940
	18.058.023	48.642.234
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	9.578.037	13.358.904
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	50.440.131	40.630.212
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	4.983.277	31.442.917
	65.001.446	85.432.033
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	28.544.186	3.020.327
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	10.896.389	13.589.083
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung im Lebensversicherungsgeschäft	2.201.455	22.173.408
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Zinserträge aus Kundenforderungen	588	1.289.752
2. Zinsaufwendungen für Kundenverbindlichkeiten	0	747.500
Summe 1-4	588	542.252
3. Sonstige Erträge	12.556.519	31.107.847
4. Sonstige Aufwendungen	22.266.804	63.496.449
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-7.508.243	-9.672.942
6. Außerordentliche Erträge	0	0
7. Außerordentliche Aufwendungen	582.047	50.262.839
8. Außerordentliches Ergebnis	-582.047	-50.262.839
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.199.461	-237.064
10. Sonstige Steuern	471.840	307.077
11. Konzernjahresfehlbetrag	-10.761.592	-60.005.794
Überleitung		
12. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	0	31.580
13. Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn	0	0
14. Konzernjahresergebnis	-10.761.592	-60.037.374

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Konzernanhang

Maßgebende Rechnungslegungsvorschriften

Der Konzernabschluss wurde nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes und der deutschen Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Die Vorgaben der DRS wurden beachtet. Der Konzernabschluss wurde in vollen Euro-Beträgen aufgestellt.

Mit der Umsetzung von Art. 5 des Gesetzes zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie wurde das Wahlrecht Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie andere Forderungen (im Wesentlichen Schuldscheinforderungen und Darlehen) gemäß § 341c Abs. 1 HGB a.F. mit ihrem Nennbetrag anzusetzen, mit Wirkung zum 1. Januar 2011 aufgehoben. Gemäß § 341c Abs. 3 HGB n.F. ergeben sich zum 1. Januar 2011 Bewertungsänderungen für Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen in Höhe von T€ 86 sowie für Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von T€ 758 die zum 1. Januar 2011 erfolgsneutral auf den entsprechenden Bestand umbucht wurden.

Daher haben wir die Vorjahreswerte für die im Bestand zum 31. Dezember 2010 sich befindlichen Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen entsprechend den Bewertungsänderungen angepasst, um einen besseren Vergleich zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 sicherzustellen.

Konsolidierungskreis

Im Konzernabschluss sind die zum 31. Dezember 2011 aufgestellten Jahresabschlüsse aller Firmen der Delta Lloyd Deutschland Gruppe zusammengefasst.

Firmenname, Sitz	Anteil am Kapital
Delta Lloyd Deutschland AG, Wiesbaden	100,0%
Delta Lloyd Lebensversicherung AG, Wiesbaden	100,0%
Hamburger Lebensversicherung AG, Wiesbaden	100,0%
Delta Lloyd Pensionskasse AG, Wiesbaden	100,0%
Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH, Wiesbaden	100,0%
DLD Real Estate Managment S.a.r.L., Luxemburg	100,0%

Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte nach der Neubewertungsmethode durch Verrechnung des Buchwertes mit dem neubewerteten Eigenkapital der Tochterunternehmen zum Zeitpunkt der erstmaligen Konsolidierung. Der sich ergebende aktive Unterschiedsbetrag stellt einen Geschäfts- oder Firmenwert dar, der gemäß § 309 Abs. 1 S. 3 HGB mit den Rücklagen verrechnet wurde. Ein sich aus der Aufrechnung ergebender passiver Unterschiedsbetrag wurde mit aktiven Unterschiedsbeträgen verrechnet. Ein nach Verrechnung verbleibender Betrag wurde als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen.

Bei der Schuldenkonsolidierung wurden Forderungen an Konzernunternehmen mit den jeweiligen Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen aufgerechnet. Aufwendungen und Erträge, die sich aus der konzerninternen Verrechnung von Lieferungen und Leistungen ergaben, wurden eliminiert, Zwischengewinne ebenso.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Delta Lloyd Deutschland AG hat den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht nach den Vorschriften der §§ 290ff HGB sowie der §§ 341 i und 341 j HGB unter Berücksichtigung der §§ 58ff der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Da neben der Muttergesellschaft im Wesentlichen Versicherungsunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wurden, erfolgte die Gliederung der Konzernbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung gemäß den Formblättern der RechVersV.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die sonstigen immateriellen Vermögensgegenstände - entgeltlich erworbene unternehmensspezifische Software - wurden zu Anschaffungskosten bewertet und entsprechend der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Standardsoftware wird unter Immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Geringwertige immaterielle Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 1.000 Euro lagen, wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über 5 Jahre – beginnend mit dem Jahr der Bildung – abgeschrieben wird. Zu jedem Stichtag wird geprüft, ob Abschreibungen wegen Wertminderungen vorzunehmen sind. Von dem Wahlrecht der Aktivierung für selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände wurde kein Gebrauch gemacht.

Kapitalanlagen

Die Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sind mit ihren fortgeführten Konzernanschaffungskosten angesetzt.

Beteiligungen und andere Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, aktiviert.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sowie übrige Ausleihungen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip, das heißt, mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert, bewertet, soweit sie dem Umlaufvermögen zugeordnet waren.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Investmentanteile, festverzinsliche Inhaberpapiere sowie drei Anleihen ausländischer Kreditinstitute vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet. Des Weiteren waren die Zuordnung von Schuldscheinforderung und Darlehen sowie von Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen zum Anlagevermögen aufgrund der Änderung des § 341c HGB erforderlich.

In Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden im Geschäftsjahr im Umfang der zulässigen Werterhöhung gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben. Wertpapiere, die dem Unternehmen dauerhaft dienen sollen, werden gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen werden dann gemäß gemildertem Niederstwertprinzip grundsätzlich bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen vorgenommen. Im Geschäftsjahr wurde von dieser Abschreibungserleichterung Gebrauch gemacht. Zuschreibungen erfolgen nur dann, wenn der Grund für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung nicht mehr vorliegt. Bei der Beurteilung der Dauerhaftigkeit wurde das vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) empfohlene 20 % Kriterium angewandt. Wenn der Zeitwert eines Wertpapiers in den sechs Monaten vor dem Bilanzstichtag permanent unter 20 % lag, dann wurde von dauerhafter Wertminderung ausgegangen.

Für die künftige Bilanzierung der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie für Schuldscheinforderungen und Darlehen wird das Wahlrecht nach § 341c Abs. 3 HGB n.F. ausgeübt und die Bewertung erfolgt mit den Anschaffungskosten zuzüglich bzw. abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der linearen Methode für Hypothekendarlehen sowie unter Anwendung der Effektivzinsmethode für die Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Griechische Staatsanleihen, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, wurden mit mehr als der Hälfte ihres Nominalvolumens wertberichtigt. Die Anleihen der übrigen PIIGS Staaten, Portugal, Italien, Spanien und Irland, die im Anlagevermögen ausgewiesen sind, wurden nicht abgeschrieben, da wir nicht von einer dauerhaften Wertminderung ausgehen und der europäische Rettungsschirm für diese Staaten eine gewisse Sicherheit für ihre Finanzierung darstellt.

Namenschuldverschreibungen wurden mit dem Nennwert abzüglich geleisteter Tilgungen bilanziert. Zero-Namenschuldverschreibungen wurden nach § 341 b Abs. 1 Satz 1 HGB zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung kapitalisierter Zinsansprüche bewertet. Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nennwert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice wurden zu Rücknahmepreisen der Investmentanteile am Bewertungsstichtag bewertet. Die zugehörigen Passivposten werden in gleicher Höhe ausgewiesen.

Forderungen

Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt. Bei den Forderungen wurden alle erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko durch angemessene Wertabschläge in Form von Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und die sonstigen Forderungen sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen. Forderungen aus Körperschaftsteuer Anrechnungsguthaben gemäß § 37 KStG wurden zum Barwert bilanziert.

Die Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft und die sonstigen Forderungen sind mit dem Nennwert angesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um die Abschreibung über die voraussichtliche betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Die Abschreibungen erfolgen nach der linearen Methode. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 1.000 Euro lagen, wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über 5 Jahre – beginnend mit dem Jahr der Bildung – abgeschrieben wird. Vorräte sind zu Einstandspreisen bewertet. Die nicht einzeln erwähnten Aktivwerte sind mit Nominalbeträgen angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzte Zinsen, Mieten und sonstige Rechnungsabgrenzungsposten sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Aktive Steuerabgrenzung

Aktive latente Steuern werden gemäß DRS 18 auf steuerliche Verlustvorträge, soweit nutzbar, angesetzt. Der Steuersatz beträgt 31,23 %.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Versicherungstechnische Rückstellungen werden grundsätzlich unverändert aus Einzelabschlüssen übernommen.

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden für jede Versicherung entsprechend dem Beginnmonat und der Zahlungsweise individuell berechnet; dabei wurden die steuerlichen Bestimmungen über den Abzug von nicht übertragbaren Beitragsteilen berücksichtigt. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft richten sich die Beitragsüberträge - und alle anderen Rückstellungen - nach den Abrechnungen des Erstversicherers.

Die Deckungsrückstellung für die selbst abgeschlossenen Versicherungen wurde für jede Versicherung entsprechend ihrem Beginnmonat individuell und prospektiv nach dem jeweiligen Geschäftsplan (beim Neubestand Tätigkeitsplan) berechnet. Dabei wurden die Kosten der laufenden Verwaltung implizit berücksichtigt. Bei beitragsfreien Versicherungen wurde eine Verwaltungskostenrückstellung entsprechend dem jeweiligen Geschäftsplan (beim Neubestand Tätigkeitsplan) gebildet.

Die rechnungsmäßigen Abschlussaufwendungen wurden jeweils nur insoweit verrechnet, als sich dadurch keine negativen Werte ergaben beziehungsweise die geschäfts- oder tätigkeitsplanmäßigen Werte der Deckungsrückstellung nicht unterschritten wurden. Die Teile der rechnungsmäßigen Abschlussaufwendungen, für die eine Verrechnung nicht möglich war, wurden als noch nicht fällige Ansprüche an Versicherungsnehmer aktiviert.

Für die Rentenversicherungen, die bis zum 31.12.2004 abgeschlossen wurden, haben wir eine weitere Auffüllung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Die Ermittlung des Auffüllbetrages erfolgte auf Basis der DAV-Richtlinie „Überschussbeteiligung und Reservierung von Rentenversicherungen des Bestandes“. Die zum Jahresende in die Bilanz eingestellte Deckungsrückstellung entspricht dem um sechs Zwanzigstel linear interpolierten Wert zwischen der

Deckungsrückstellung auf Basis der Tafel DAV 2004 R-Bestand und der auf Basis der Tafel DAV 2004R-B20. Die Deckungsrückstellung der Versicherungen mit Berufsunfähigkeitsrisiko wurde entsprechend der diesbezüglichen DAV-Ausarbeitung vom 08.12.1998 an die 97er BU-Rechnungsgrundlagen der DAV angepasst.

Bei der Bestimmung der zu erwartenden Erträge der Vermögenswerte auf Basis des neu gefassten § 5 Abs. 3 und 4 DeckRV ergab sich ein Referenzzins von 3,92 %. Gemäß § 341f Abs. 2 HGB haben wir daher für Verträge, die mit einem Rechnungszins von 4 % passiviert wurden, eine Zinszusatzreserve in Höhe von 10,4 Mio. Euro der Deckungsrückstellung der Delta Lloyd Lebensversicherung AG und eine Zinszusatzreserve in Höhe von 880 TEuro der Deckungsrückstellung der Hamburger Lebensversicherung AG gebildet.

Die Deckungsrückstellung für Lebensversicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wird individuell und retrospektiv ermittelt, indem die eingegangenen Beiträge nach Abzug von Risiko- und Kostenanteilen gutgeschrieben werden. Sie wird in Anteilseinheiten geführt und am Jahresschluss zum Zeitwert passiviert.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Überschussbeteiligung wurde jeweils entsprechend dem Verfahren bei der zugehörigen Hauptversicherung durchgeführt.

Die Mittel für die Schlussgewinnanteile der Folgejahre sind so bemessen, dass sich für jede Versicherung der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussgewinnanteils ergibt, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zur gesamten Versicherungsdauer entspricht, unter Berücksichtigung von Storno und Tod abgezinst mit einem Zinssatz in Höhe von 6,0 Prozent. Bei Versicherungen, auf die das bis zum Inkrafttreten des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum Versicherungsaufsichtsgesetz geltende Recht anzuwenden ist, wird entsprechend den genehmigten Geschäftsplänen ein Sockelabzug in Ansatz gebracht. Die versicherungs-mathematische Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgt einzelvertraglich und prospektiv.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird durch Einzelfeststellung ermittelt und enthält auch die pauschal ermittelten Beiträge für die Schadenregulierung in der steuerlich zulässigen Höhe. Für die nach Abschluss der Einzelerfassung noch zu erwartenden Spätschäden wird eine Pauschalreserve gebildet. Die Anteile für die in Rückdeckung gegebenen Versicherungen wurden in Einzelberechnungen vertragsgemäß ermittelt. Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde gemäß dem koordinierten Ländererlass des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen vom 22. Februar 1973 ermittelt.

Die im Vorjahr reservierte Rückstellung für Rückkäufe, die sich aus der Erhöhung der Leistungsverpflichtungen nach dem BGH-Urteil vom 12. Oktober 2005 ergab, war mit Ablauf des Geschäftsjahres verjährt und wurde aufgelöst.

Inanspruchnahme steuerlicher Vergünstigungen

Die Ergebnisbeeinflussung durch die Inanspruchnahme steuerlicher Vergünstigungen im Geschäftsjahr und in früheren Geschäftsjahren sowie das Ausmaß künftiger Belastungen aus diesen Bewertungen sind von untergeordneter Bedeutung.

Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzins in Höhe von 5,13 % abgezinst, der sich bei einer angenommenen Laufzeit von 15 Jahren ergibt. Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Es wurden ein Rententrend von 2% und ein Einkommenstrend von 0 % der Berechnung zu Grunde gelegt. Die Bewertung der Verpflichtung wurde nach dem „Projected Unit Credit“ Verfahren durchgeführt. Bewertet werden die zukünftigen abgezinsten Leistungen soweit sie zum Bewertungsstichtag verdient sind.

Nach § 246 Abs. 2 HGB wurden das zum Zeitwert bewertete Deckungsvermögen, das ausschließlich der Erfüllung von Pensionsrückstellungen dient mit diesen verrechnet. Entsprechend gilt dies für die aus den Vermögensgegenständen und den Schulden erwachsenden Aufwendungen und Erträgen. Dieses Deckungsvermögen besteht aus verpfändeten Rückdeckungsversicherungen. Die Höhe der Rückdeckungsversicherung wurde dabei gemäß der Vorschriften über wertpapiergebunden Zusagen der korrespondierenden Altersversorgungsverpflichtungen zugeschrieben.

Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst das rückständige Arbeitsentgelt sowie die noch zu zahlenden Aufstockungsbeträge zum Gehalt und zur Altersversorgung. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 4,0 % verwendet.

Die Bewertung der Jubiläumsrückstellung wurde nach dem „Projected Unit Credit“ Verfahren durchgeführt unter Anwendung eines Zinssatzes von 5,13 % sowie eines Einkommenstrends von 2,5 %.

Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen richtet sich nach der Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Umbewertungen aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25. Mai 2009 (BilMoG) führten zu folgenden Korrekturposten:

Ausserordentlicher Ertrag	0,00
Ausserordentlicher Aufwand	582.047,00

Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Durch die Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernabschluss der Delta Lloyd N.V., Amsterdam verlegten wir einzelne Buchungsschlussstermine zeitlich nach vorne und grenzten die Zahlungsvorgänge über die sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten sowie über sonstige Vermögensgegenstände ab. Es ergeben sich dadurch keine nennenswerten Einflüsse auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

Aktiva

Entwicklung des Aktivpostens A, B I. bis B III. im Geschäftsjahr 2011

Aktivposten	Bilanzwerte		Zugänge	Umbu-	Änderung	Abgänge	Zuschrei-	Abschrei-	Bilanzwerte	
	Vorjahr			chungen	Konsolidie-		bungen	bungen	Geschäfts-	
	TEUR	%	TEUR	TEUR	rungskreis	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
A. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	660	0,01	700	-	-	-	-	390	971	0,02
Summe A.	660	0,01	700	-	-	-	-	390	971	0,02
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	132.961	2,84	1.641	-	-	9.416	2.975	3.701	124.459	2,73
Summe B I.	132.961	2,84	1.641	-	-	9.416	2.975	3.701	124.459	2,73
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen										
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	12.000	0,26	-	-	-	-	-	-	12.000	0,26
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	2.258	0,05	-	-	-	-	-	-	2.258	0,05
Summe B II.	14.258	0,31	-	-	-	-	-	-	14.258	0,31
B.III. Sonstige Kapitalanlagen										
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	410.315	8,76	169.493	-	-	2.325	1.179	-	578.662	12,75
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	868.994	18,55	66.346	-	-	171.872	-	38.144	725.325	15,98
3. Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	611.868	13,06	-	-	-	53.314	101	8.595	550.059	12,12
4. Sonstige Ausleihungen										
a) Namensschuldverschreibungen	1.004.925	21,45	2.129	-	-	21.499	-	-	985.554	21,71
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.367.611	29,19	179	0	-	10.559	-	-	1.357.231	29,90
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	23.214	0,50	107	-	-	6.036	-	-	17.285	0,38
d) übrige Ausleihungen	5.138	0,11	825	-	-	115	-	-	5.848	0,13
5. Einlagen bei Kreditinstituten	183.701	3,92	41.300	-	-	111.600	-	-	113.401	2,50
6. Andere Kapitalanlagen	61.269	1,31	13.721	-	-	9.650	922	-	66.262	1,46
Summe B.III.	4.537.035	96,84	294.100	0	-	386.970	2.202	46.739	4.399.628	96,92
Summe B I. - B.III.	4.684.254	99,99	295.740	0	-	396.386	5.177	50.440	4.538.346	99,98
Insgesamt	4.684.914	100,00	296.441	0	-	396.386	5.177	50.830	4.539.316	100,00

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten

Zu A. 2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände

Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände

	01.01.2011	Zugänge	Überträge/ Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	31.12.2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
in Betrieb befindliche Software	271,29	2,92	0,00	0,00	111,66	162,55
Standarsoftware	340,75	228,93	0,00	0,00	164,41	405,28
Geringwertige Wirtschaftsgüter	48,02	468,50	0,00	0,00	113,76	402,76
	660,07	700,35	0,00	0,00	389,83	970,59

Zu B.III. Kapitalanlagen im Direktbestand

Die Delta Lloyd Lebensversicherung AG investiert in einfach strukturierte Produkte. Diese strukturierten Produkte sind überwiegend integriert in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen.

	Buchwert Mio. EUR	Zeitwert Mio. EUR
Strukturen mit Zinsrisiko	178,0	179,0
Strukturen mit Aktienrisiko	0	0
Strukturen mit Kreditrisiko	0	0

Zu B. III. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Art des Fonds/Anlageziel	Buchwert TEUR	Marktwert TEUR	Unterlassene Afa TEUR	Ausschüttung TEUR
Warburg Henderson / Immofonds 1)	14.524,0	14.860,4	0,0	762,7
IVG Institutional Funds / Immofonds 1)	3.119,3	2.993,4	125,9	219,6
Delta Lloyd Real Estate / Immofonds 1)	541.036,4	541.036,4	0,0	19.000,0
Oppenheim Asset Management / Aktienfonds 1)	18.780,3	15.027,5	3.752,9	0,0
Black Rock Asset Management	924,0	824,2	99,8	43,7

1) Eine jederzeitige Rücknahme der Fondsanteile ist möglich

Die Bewertung erfolgt zum gemilderten Niederstwertprinzip. Der §341b Abs. 2 Satz 1 HGB wurde angewandt. Die aufgeführten Ausschüttungen beinhalten anrechenbare Ertragssteuern und werden ertragswirksam vereinnahmt.

Zu B. III. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Wertpapierart	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Stille Last EUR	Land	Grund für das Unterlassen der Abschreibung
Inhaberschuldverschreibungen	8.797.120	7.840.408	-956.712	Spanien	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	25.675.935	23.453.302	-2.222.634	Frankreich	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	14.159.700	12.512.050	-1.647.650	Großbritannien	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	28.800.000	16.504.510	-12.295.490	Griechenland	Europäischer Rettungsschirm
Inhaberschuldverschreibungen	488.000	480.625	-7.375	Irland	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	30.488.970	24.571.950	-5.917.020	Italien	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	1.965.000	1.951.800	-13.200	Republik Korea	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	469.750	450.680	-19.070	Niederlande	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	30.044.100	27.560.625	-2.483.475	Polen	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	8.220.000	6.700.000	-1.520.000	Portugal	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	45.599.250	41.807.996	-3.858.504	Sklowakei	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
Inhaberschuldverschreibungen	530.616.894	580.513.729	0	Sonstige	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)
	725.324.719	744.347.674	-30.941.130		

Zu B.III. 4.a) Namensschuldverschreibungen

In dieser Position sind Genussscheine in Höhe von 13,5 Mio. Euro mit einem Zeitwert von 10,2 Mio. Euro enthalten. Diese Genussscheine enthalten eine Besserungsklausel, dass in einer Verlustsituation nicht gezahlte Zinsen erstattet werden, wenn wieder eine Gewinnsituation eintritt. Eine Wertberichtigung der Genussscheine unterblieb, da von einer zukünftigen Gewinnsituation ausgegangen wird.

Zu B.III.6. Andere Kapitalanlagen

Es handelt sich vorwiegend um Minderheitenanteile an Immobilien KG's bzw. Stille Beteiligungen.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktiva

Zeitwertangabe gemäß § 54 RechVersV

	31.12.2011				31.12.2010			
	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR	Stille Reserve TEUR	Stille Last TEUR	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR	Stille Reserve TEUR	Stille Last TEUR
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	124.459	142.247	27.322	8.761	132.961	151.135	49.164	32.052
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen								
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	12.000	12.000	-	-	12.000	10.249	-	1.751
2. Beteiligungen	2.258	2.258	-	-	2.258	2.258	-	-
Summe B II.	14.258	14.258	-	-	14.258	12.507	-	1.751
B III. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	578.662	575.020	336	3.779	410.315	411.412	1.346	248
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	725.325	744.348	49.964	10.620	868.994	869.206	21.404	21.194
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	550.059	583.315	34.603	1.346	611.868	637.989	28.367	2.076
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	985.554	1.019.667	42.264	3.723	1.004.925	1.012.111	27.136	19.950
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.357.231	1.321.096	34.599	67.068	1.367.611	1.328.779	24.986	63.817
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	17.285	17.285	-	-	23.214	23.215	-	-
d) übrige Ausleihungen	5.848	5.848	0	-	5.138	5.134	0	4
5. Einlagen bei Kreditinstituten	113.401	113.401	-	-	183.701	183.701	-	-
6. Andere Kapitalanlagen	66.262	66.262	-	-	61.269	61.269	-	-
Summe B III.	4.399.628	4.446.243	161.766	86.536	4.537.035	4.532.816	103.240	107.289
Summe B I. - B III.	4.538.346	4.602.748	189.088	95.297	4.684.254	4.696.458	152.403	141.091
Insgesamt	4.538.346	4.602.748	189.088	95.297	4.684.254	4.697.300	152.403	141.091

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Die Offenlegung von Zeitwerten der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen erfolgt gemäß den Vorschriften § 54 ff RechVersV.

Die Verkehrswertermittlung der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurde nach § 194 Baugesetzbuch (BauGB) und nach den Grundsätzen der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) ermittelt. Alle Liegenschaften wurden zum 31.12.2011 durch externe Sachverständige bewertet.

Als Zeitwert der Beteiligungen wurde der Buchwert angesetzt.

Für die Zeitwertermittlung von Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere war der Börsenkurs zum 30.12.2011 maßgebend.

Die Zeitwertwertermittlung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte über den Renditefaktor.

Bei Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine, übrige Ausleihungen und Andere Kapitalanlagen sowie Einlagen bei Kreditinstituten wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen gemäß § 55 und § 56 RechVersV betrug 3.469 Mio. Euro (Vorjahr: 3.501 Mio. Euro).

Der Zeitwert der zu Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen gemäß § 55 und § 56 RechVersV betrug 1.133 Mio. Euro (Vorjahr: 1.196 Mio. Euro).

In den Buchwerten der Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind folgende Werte enthalten, die wie Anlagevermögen bilanziert wurden:

Bilanzposition	2011 TEUR	2010 TEUR
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	578.662	410.315
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	375.659	349.766
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	550.059	611.868
Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.357.231	1.367.611
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	17.285	23.214
übrige Ausleihungen	5.848	5.138
Anderer Kapitalanlagen	66.262	61.269

Dadurch wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen von insgesamt 82.813 TEUR (Vorjahr: 61.540 TEUR) vermieden.

Zu F. III. Andere Vermögensgegenstände

Hier werden voraus gezahlte Versicherungsleistungen an unsere Versicherungsnehmer erfasst, die bereits 2011 ausgezahlt wurden, die aber das Jahr 2012 betreffen.

Kapitalflussrechnung

Kapitalflussrechnung zum 31.12.2011 in TEUR	2011	2010
1. Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	-7.508,2	-9.672,9
2. +/- Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen - netto	-109.622,8	-174.145,2
3. +/- Veränderung der Depotforderungen und verbindlichkeiten sowie der Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten	445,2	685,2
4. +/- Veränderung der sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten	-6.420,7	9.289,8
5. -/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.395,5	21.575,0
6. +/- Abschreibungen und Zuschreibungen auf Kapitalanlagen	45.263,3	35.652,4
7. +/- Veränderung sonstiger Bilanzposten	-48.027,4	12.339,1
8. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge sowie Berichtigungen des Periodenergebnisses	23.808,5	-66.790,8
9. +/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,0	-13.593,4
10. = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-98.666,6	-184.660,9
11. + Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,0	5.461,2
12. - Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,0	0,0
13. + Einzahlungen aus dem Verkauf und der Endfälligkeit von übrigen Kapitalanlagen	397.960,6	979.365,8
14. - Auszahlungen aus dem Erwerb von übrigen Kapitalanlagen	-300.723,6	-784.796,7
15. + Einzahlungen aus dem Verkauf von Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	118.523,0	126.588,2
16. - Auszahlungen aus dem Erwerb von Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	-118.261,9	-140.403,2
17. + Sonstige Einzahlungen	0,0	28,3
18. - Sonstige Auszahlungen	-1.040,3	-377,2
19. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit	96.457,7	185.866,5
20. + Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0
21. - Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0,0	0,0
22. - Dividendenzahlungen	0,0	0,0
23. +/- Einzahlungen und Auszahlungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0
24. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0
25. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 18, 23)	-2.208,9	1.205,6
26. +/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,0	0,0
27. + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	15.682,1	14.476,5
28. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode	13.473,1	15.682,1

* Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten

Passiva

Eigenkapitalspiegel

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklage	Konzernverlust	Minderheiten Kapital	Eigenkapital gemäß Konzernbilanz
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Stand 31.12.2009	80.000	396.778	2.471	-288.481	-0	190.768
Ausgabe von Anteilen	-	-	-	-	-	-
Erwerb / Einbeziehung eigener Anteile	-	-	-	-	0	0
Gezahlte Dividenden	-	-	-	-	-	-
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen	-	-	22	-13	-	10
Jahresüberschuss/-fehlbetrag			-	-60.006	-	-60.006
Einstellung/Auflösung Rücklagen	-	-	32	-32	-	-
Stand 31.12.2010	80.000	396.778	2.525	-348.531	-	130.772

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklage	Konzernverlust	Minderheiten Kapital	Eigenkapital gemäß Konzernbilanz
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Stand 31.12.2010	80.000	396.778	2.525	-348.531	-	130.772
Ausgabe von Anteilen	-	-	-	-	-	-
Erwerb / Einbeziehung eigener Anteile	-	-	-	-	-	-
Gezahlte Dividenden	-	-	-	-	-	-
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen	-	-	-	-	-	-
Jahresüberschuss/-fehlbetrag			-	-10.762	-	-10.762
Einstellung/Auflösung Rücklagen	-	-	-	-	-	-
Stand 31.12.2011	80.000	396.778	2.525	-359.293	-	120.011

Zu A. I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Delta Lloyd Deutschland AG beträgt 80.000.000 Euro. Es ist eingeteilt in 80.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien.

Zu A. II. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beträgt wie im Vorjahr 396.778 TEUR. Sie setzt sich folgendermaßen zusammen:

	TEUR
Stand 31. Dezember 2010	396.778
Zuführung am 31.12.2011	<u>0</u>
Stand 31. Dezember 2011	<u>396.778</u>

Zu A. III. Gewinnrücklage

	TEUR	TEUR
1. Gewinnrücklage		
Stand 01.01.2011	515	
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2011	<u>0</u>	515
2. Andere Gewinnrücklagen		
Stand 01.01.2011	2.010	
Einstellung aus der Umstellung der Altersteilzeitrückstellungen aufgrund BilMoG	<u>0</u>	<u>2.010</u>
Stand 31.12.2011		<u>2.525</u>

Zu B. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2011 TEUR	2010 TEUR
Stand am 01.01.	147.372	183.338
Entnahme für Gewinnanteile:	30.581	36.153
	<u>116.791</u>	<u>147.185</u>
Zuführung aus dem Überschuss des laufenden Geschäftsjahres:	23.600	13.698
Latente Rückstellung für Beitragsrückerstattung	<u>2.263</u>	<u>13.511</u>
Stand am Bilanzstichtag:	138.128	147.372

Von der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen auf:

- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Gewinnanteile:	13.982	18.408
- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussgewinnanteile:	12.413	13.738
- den Teil des Schlussüberschussantelfonds, der zur Finanzierung von Schlussüberschussanteilen zurückgestellt wird:	62.085	57.901
- den ungebundenen Teil:	49.647	57.325

Die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer und die Gewinnanteilssätze sind in den weiteren Angaben zum Anhang erläutert.

Zu D. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Nach § 246 Abs. 2 HGB wurden das zum Zeitwert bewertete Deckungsvermögen, das ausschließlich der Erfüllung von Pensionsrückstellungen dient mit diesen verrechnet. Entsprechend gilt dies für die aus den Vermögensgegenständen und den Schulden erwachsenden Aufwendungen und Erträgen. Dieses Deckungsvermögen besteht aus verpfändeten Rückdeckungsversicherungen. Die Höhe der Rückdeckungsversicherung wurde dabei gemäß den Vorschriften über wertpapiergebundenen Zusagen der korrespondierenden Altersversorgungsverpflichtungen zugeschrieben.

Die Entwicklung dieser Posten sowie die Verrechnung vom Zeitpunkt der Erstanwendung von BilMoG stellen sich wie folgt dar:

Posten	01.01.2011	Zugang	Übertragung	31.12.2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Deckungsvermögen	3.773.054	1.400.618	0	5.173.672
Durch Rückdeckungsversicherung finanzierte Pensionsrückstellungen	3.773.054	1.400.618	0	5.173.672
Saldo	0	0	0	0

Der Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen entspricht dem versicherungsmathematischen Aktivwert der historischen Anschaffungskosten.

Den Aufwendungen für rückgedeckte Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.401 TEUR standen Erträge in gleicher Höhe aus dem Aktivwert gegenüber.

Aufgrund der geänderten Bewertungsmethode nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde das Wahlrecht der Verteilung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf die nächsten 15 Jahre ausgeübt. Danach ergibt sich ein jährlicher Zuführungsbetrag in Höhe von mindestens 582 TEUR.

Der im Geschäftsjahr 2011 noch nicht erfasste Unterschiedsbetrag in Höhe von 7.488 TEUR wird in den folgenden Jahren bis zum 31. Dezember 2024 zugeführt.

Zu D. III. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich um Rückstellungen für:

	TEUR
Sozialplanverpflichtung	9.936
Ausgleichsanspruch Vermittler	4.746
Altersteilzeit/Vorruhestand/Abfindungen	4.727
Bonifikationen/Tantieme/Gewinnbet.	3.732
Verwaltungskosten	3.283
Urlaubsverpflicht./Flexstage/Jubiläum	1.345
Gewinnabrechnungen/Prozesse	1.229
Übrige Verpflichtungen	833
Archivierung	773
Provisionen	156
Summe	<u>30.760</u>

Zu G. Andere Verbindlichkeiten

In den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind insgesamt 77.530 TEUR für verzinslich angesammelte Gewinnanteile enthalten. Von diesem Betrag betreffen 7 Millionen Euro nachrangige Verbindlichkeiten gegenüber der Delta Lloyd N.V., Amsterdam. Alle sonstigen Verbindlichkeiten sind innerhalb eines Jahres fällig.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind ausgewiesen:	2011	2010
	EUR	EUR
Anzahlungen auf noch nicht polizierte Versicherungen	6.087.855	10.106.469
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Verbindlichkeiten an verbundene Unternehmen	40.261.185	41.222.218
<i>davon größer 5 Jahre</i>	40.261.185	41.222.218
Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt	937.933	2.756.518
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Debitoren/Kreditoren	1.177.990	462.325
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
aus OP	474.741	476.654
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
aus OP Kapitalanlagen	0	0
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Beitragsrückzahlungen RLV/SMV	2.834.925	2.744.854
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Sonstiges	28.499	0
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
	<u>51.803.128</u>	<u>57.769.037</u>

Zu H. Rechnungsabgrenzungsposten

	2011	2010
	TEUR	TEUR
Vorausempfangene Zinsen, Mieten, Verwaltungskosten	27	78
Auf Folgejahr entfallende Disagiobeträge	12	20
Summe	<u>39</u>	<u>98</u>

Erläuterung zur Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

Lebensversicherungsgeschäft – Inland	2011	2010
	TEUR	TEUR
Selbst abgeschlossene Versicherungen	336.552	390.866
Übernommenes Versicherungsgeschäft	0	41
Summe	<u>336.552</u>	<u>390.907</u>

Zu II.7. Außerordentliche Aufwendungen

Durch die Umstellung auf das BilMoG zum 01. Januar 2010 entstand ein außerordentliches Ergebnis von 582 TEUR.

Zu II.12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2011	2010
	TEUR	TEUR
Steuern vom Einkommen	-459	-1.458
Latente Steuer auf Verlustvorräte	2.796	1.571
Latente Steuern auf Bewertungsunterschiede	<u>-138</u>	<u>-350</u>
	<u>2.199</u>	<u>-237</u>

Sonstige Angaben

Abschlussprüfungskosten

Eine Aufschlüsselung des Abschlussprüferhonorars erfolgt für die Delta Lloyd Deutschland Gruppe gemäß § 285 Nr. 17 HGB auf Konzernebene.

	2011 TEUR	2010 TEUR
Das Gesamthonorar betrug:		
Davon Abschlussprüferleistungen	798	768
Andere Bestätigungsleistungen	0	0
Steuerberatungsleistungen	0	4
sonstige Leistungen	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>798</u>	<u>772</u>

Personalaufwendungen

	2011 TEUR	2010 TEUR
Löhne und Gehälter	15.069	36.043
Sozialabgaben	2.611	5.737
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>-2.125</u>	<u>2.301</u>
	<u>15.555</u>	<u>44.081</u>

Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)

Angestellte und Auszubildende im kaufmännischen Innendienst	313
- davon Teilzeit	71
Festangestellte Außendienst	7
- davon Teilzeit	<u>0</u>
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt:	<u>320</u>

Für das Kalenderjahr 2011 betragen die Bezüge des Vorstands Fixum (bereits gezahlt):

	TEUR
Göldi	405
Roppertz	<u>184</u>
	<u>589</u>

Sonstige Angaben, erfolgsbezogen (in 2011 gezahlt):

	TEUR
Göldi	232
Roppertz	<u>70</u>
	<u>302</u>

Im Geschäftsjahr 2011 wurden für verschiedene ausgewählte Mitarbeiter und für die Vorstände eine Rückstellung für das von der Delta Lloyd N.V., Amsterdam ausgegebene virtuelle Aktienoptionsprogramm vorgenommen. Eine Aufteilung auf die einzelnen Tochtergesellschaften ist nicht erforderlich, da es sich um Holding Aufwendungen handelt. Die Gesamtsumme für die Rückstellungen betragen 833 TEUR. Einzelheiten zu diesen Optionen werden im Geschäftsbericht der Delta Lloyd N.V., Amsterdam offen gelegt.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 83 TEUR.

Kredite an Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrats bestanden zum 31. Dezember 2011 nicht.

Für ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen bestehen bei der Delta Lloyd Deutschland AG Pensionsrückstellungen von 675 TEUR und bei den Tochtergesellschaften Pensionsrückstellungen von insgesamt 8.206 EUR.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestanden verbindlich zugesagte und noch nicht ausgezahlte Hypothekendarlehen in Höhe von 1,9 Mio. Euro und unwiderrufliche Kreditzusagen von 3,2 Mio. Euro. Es bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 9,8 Mio. Euro für Andere Kapitalanlagen. Es bestanden 10,2 Mio. Euro Verpflichtungen aus Outsourcing – und Wartungsverträgen.

Die Delta Lloyd Lebensversicherung AG, die Hamburger Lebensversicherung AG und die Delta Lloyd Pensionskasse AG sind gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds – Finanzierungs – Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellung, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die zukünftigen Verpflichtungen hieraus betragen 0,3 Mio. Euro.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 4,7 Mio. Euro.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherung AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 41,1 Mio. Euro.

Von der freiwilligen vorzeitigen Anwendung der Vorschriften nach BilMoG nach Artikel 66 Abs. 3 Satz 6 EGHGB wird nicht Gebrauch gemacht.

Wiesbaden, den 19. Januar 2012

Vorstand

Christof W. Göldi

Heinz-Jürgen Roppertz

Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers

Wir haben den von der Delta Lloyd Deutschland AG, Wiesbaden, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 23. Februar 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann
Wirtschaftsprüfer

ppa. Martin Eibl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats der Delta Lloyd Deutschland AG

Als Aufsichtsrat der Delta Lloyd Gruppe haben wir uns im Geschäftsjahr 2011 sowohl mit der aktuellen Lage sowie mit den Perspektiven der Unternehmensgruppe intensiv beschäftigt.

Wir haben den Konzernjahresabschluss zum 31. Dezember 2011 und den dazugehörigen Lagebericht geprüft. Dem Lagebericht haben wir nichts hinzuzufügen.

Während des Geschäftsjahres haben wir uns - auch außerhalb der turnusmäßigen Sitzungen - durch Berichte des Vorstands laufend über die Geschäftsentwicklung und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. Soweit nach der Geschäftsordnung für den Vorstand für einzelne Maßnahmen der Geschäftsführung die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurde diese jeweils einstimmig erteilt.

Die Prüfung durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung des Prüfers vermittelt der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Auch gibt nach Auffassung des Prüfers der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Mit diesem Prüfungsergebnis stimmen wir überein.

Nach dem Ergebnis unserer eigenen Prüfung der Jahresabschlüsse und des Konzernabschlusses und der Lageberichte haben wir keine Einwendungen zu erheben. Wir billigen den vom Vorstand aufgestellten Konzernjahresabschluss.

Der Aufsichtsrat der Delta Lloyd Deutschland AG dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes persönliches Engagement.

Wiesbaden, den 23. Februar 2012

Für den Aufsichtsrat

Paul Kerst Medendorp